

GASTKOMMENTAR

Hansjörg Schmid

Die Kopftuchdebatte könnte in einem neuen «Muslim-Dialog» geführt werden

Mit dem «Muslim-Dialog» erfolgte 2010 und 2011 ein konstruktiver Austausch unterschiedlicher Akteure aufseiten des Staates wie der muslimischen Gemeinschaften. Die Kopftuchdebatte bietet Anlass, dieses Dialogformat wieder aufzunehmen.

07.01.2026, 05.30 Uhr ⓘ 3 min



Wenn es um das Kopftuch geht, dominieren oft pauschalisierende Aussenwahrnehmungen.

Georgios Kefalas / Keystone

Von Mai 2010 bis April 2011, kurze Zeit nach der Volksabstimmung über die Minarettinitiative, fand der sogenannte «Muslim-Dialog» statt. 19 Persönlichkeiten aus einem breiten Spektrum muslimischer Gemeinschaften führten Gespräche mit Vertretungen mehrerer Bundesämter und Departemente. Dabei ging es um rechtliche Grundlagen und Fragen des Zusammenlebens. Aus dem «Muslim-Dialog» resultierten Aktionsfelder etwa zur Zulassung sowie Aus- und Weiterbildung von Imamen, zur Diversifizierung der Verwaltung oder zur Jugendarbeit.

Fünfzehn Jahre danach finden erneut kontroverse Diskussionen statt, die die muslimischen Gemeinschaften betreffen. Dabei geht es derzeit vor allem um das Tragen des Kopftuchs in der Schule, ein Thema, das auch im «Muslim-Dialog» thematisiert wurde. Dass muslimische Frauen wie alle Menschen für sich selbst sprechen dürfen, sollte ein selbstverständlicher Standard sein. Gerade wenn es um das Kopftuch geht, dominieren aber oft pauschalisierende und essenzialistische Aussenwahrnehmungen. Muslimische Frauen sind davon im besonderen Masse betroffen mit Auswirkungen auf ihr Alltagsleben, ihre Bildungslaufbahn und ihre Jobsuche.

Im Oktober 2025 verabschiedete der Bundesrat einen Bericht zu «Kinderkopftüchern in der öffentlichen Schule». Darin betonte er die «Toleranz- und Integrationsfunktion» der öffentlichen Schule und lehnte ein Kopftuchverbot für Schülerinnen ab. Am Ende verwies er darauf, dass junge muslimische Frauen selbst prägen und bestimmen sollen, was das Kopftuch für sie bedeute. Statt Verbote solle es gezielte Massnahmen in Einzelfällen geben. Die mediale Rezeption des Berichts zeigt jedoch, dass diese Schlussfolgerungen auf verbreitete Ablehnung stossen.

Dialogformate können zu Kompromissen führen, sie bauen wechselseitiges Vertrauen auf, das auch ein Präventionsmittel gegen Radikalisierung und Opfernarrative ist.

Es stellt sich die Frage, ob ein neuer nationaler «Muslim-Dialog» zu starten ist. Deutschland kennt seit 2006 die «Deutsche Islam-Konferenz», wenn auch zuletzt stärker mit dezentralen Formaten und Projektförderungen. Auch in Frankreich gab es in den letzten beiden Jahrzehnten unterschiedliche Plattformen des Dialogs zwischen dem Staat und muslimischen Gemeinschaften.

Trotz Asymmetrien und Streit darüber, wer legitimerweise daran beteiligt werden sollte, haben diese Formate die gesellschaftliche Kohäsion gestärkt und konkrete Ergebnisse im Bereich von Bildungsangeboten und Kooperationsprojekten zwischen dem Staat und muslimischen Gemeinschaften hervorgebracht.

Wieso greift die Schweiz also nicht auf ihren ersten «Muslim-Dialog» zurück? Eine Antwort könnten der Föderalismus und die Zuständigkeit der Kantone für Religions- und Bildungsangelegenheiten sein. Auch wenn bei der rechtlichen Anerkennung muslimischer Gemeinschaften weitgehend Stillstand herrscht, pflegen mehrere Kantone einen kontinuierlichen Austausch mit nichtanerkannten Religionsgemeinschaften und arbeiten mit diesen etwa im Bereich der Spital- oder Gefängnisseelsorge zusammen. Auch auf lokaler Ebene findet in Schulkommissionen der Austausch bereits vielfach statt. In Konfliktsituationen gibt es eine Kompetenz der beteiligten Akteure, passende Lösungen zu finden.

Die Aktionsfelder des «Muslim-Dialogs» aus dem Jahr 2011 sind dadurch gekennzeichnet, dass unterschiedliche Akteure auf Seiten des Staates wie der muslimischen Gemeinschaften Verpflichtungen eingehen.

Dialogformate geben auch Raum für kritische Fragen und notwendige Differenzierungen, etwa im Hinblick auf das Alter von Schülerinnen und die besondere Rolle von Lehrkräften in der Schule.

Dialogformate können zu Kompromissen führen und zu einem tragfähigen Konsens. Sie bauen wechselseitiges Vertrauen auf, welches auch ein Präventionsmittel gegen Radikalisierung und Opfernarrative ist. Die Erinnerung an den «Muslim-Dialog» kann einen Anstoss geben, strukturierte Dialogprozesse auf Kantons- und Bundesebene zu verstärken oder wo noch nicht vorhanden zu initiieren.

Hansjörg Schmid ist Direktor des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) und Professor für interreligiöse Ethik an der Universität Freiburg i. Ü.